

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/153

12. August 1976

Gerade wegen der Mauer!

Unsere Deutschlandpolitik muß fortgesetzt werden

Von Egon Franke MdB
Bundeminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Alle müssen mit dem Erbe Stalins leben

Aber: Schrecken der Vergangenheit für die Zukunft
ausschließen

Von Kurt Mattick MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des
Bundestages und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 3 bis 5 / 98 Zeilen.

Enge Grenzen für private Hochschulen

Der Hartmannbund-Plan und die rauhe Wirklichkeit

Seite 6 und 6a / 71 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Gegen alle Widerwärtigkeiten: Nicht verzagt sein!

Seite 7 / 36 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 409
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telefax: 08 99 846-46 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölnner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Gerade wegen der Mauer!

Unsere Deutschlandpolitik muß fortgesetzt werden

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Wenn am 13. August in Ost-Berlin Kampfgruppen der SED marschieren, dann haben zugleich viele junge Menschen in der DDR noch nicht einmal einen Schritt über die Grenze nach Westen tun können, um sich ein eigenes Bild über die Situation hier zu machen. Glaubt man etwa in der DDR, ausgerechnet durch eine Parade von Kampfgruppen am 13. August würde das "Nein" zur freien Ausreise vor der eigenen Bevölkerung plausibler? Die Mauer ist durch Demonstrationen nicht umzudenken. Jeder weiß, warum und wofür sie steht.

Zweck der Mauer ist es, Fluchtwilligen aus der DDR den Weg nach hier zu verlegen. Dieses Faktum kann keine Verdrehung der Tatsachen aus der Welt reden. Den "antifaschistischen Schutzwall" gibt es nur in der Vorstellung von Leuten, die sich vor einem freien Austausch der Meinungen fürchten. Der Zweck der Mauer und der übrigen von der DDR errichteten und zu verantwortenden Grenzlagen ist nicht der Schutz gegen Angreifer von außen, sondern die Abwehr jener, die dahinter leben. Ein einziger Blick auf die Mauer beweist das mehr als viele Worte.

Zweck und Ursache der Mauer sind nicht das Gleiche. Vor der lebensgefährlichen Grenzpraxis der DDR von heute dürfen die Umstände der Teilung Deutschlands und auch der seit 1946 immer undurchdringlicher werdenden Grenze in Deutschland nicht vergessen werden. Die Mauer ist eine direkte Folge des letzten Krieges, und sie zeigt uns tagtäglich, daß wir diesen Krieg verloren haben. Wer sich vor dieser bitteren Wahrheit sperrt, bei dem entsteht leicht die Illusion, daß die Spaltung und damit

auch die Mauer durch Proteste aus der Welt zu schaffen seien. Durch eine Konzentration auf das Wünschbare wird aber nicht ein einziger Stein der Mauer abgebaut. Jeder, der ehrlich gegenüber sich selbst und der Sache der Deutschen ist, weiß das.

Nicht ohne eigene Schuld, aber gegen unseren Willen sind wir Deutschen heute in zwei Staaten gespalten. Von diesen Staaten wird der eine kommunistisch regiert und der andere gehört zum westlich-parlamentarischen System. Die Grenze in Deutschland ist die Grenze zwischen zwei Weltsystemen. Deshalb ist dieses Problem von Deutschen allein nicht zu bewältigen. Deshalb bedurfte es auch einer neuen Politik, um den wegen dieser Grenze leidenden Menschen zu helfen.

Die auch als Konsequenz aus der Mauer begonnene Entspannungspolitik ist heute notwendiger denn je, weil es gerade die Grenzpraxis der DDR ist, die im Widerspruch steht zum Gewaltverzicht und zur Zusammenarbeit in Europa. Wer die Mauer nicht abbauen kann, muß versuchen, sie durchlässiger zu machen - trotz lautstarker Kritik an diesem Rezept: es gibt für uns zur Zeit kein besseres.

Gerade ein Tag wie der 13. August verlockt zu grundsätzlichen Überlegungen. Demgegenüber darf die tägliche Kleinarbeit nicht als belanglose Einzelheit abgetan werden. Für Menschen zählen die Einzelheiten. Für sie zählt: Kann ich reisen, kann ich telefonieren, kann ich leben, wie ich will? Trotz der Mauer hat sich in diesen Fragen für die Menschen in den vergangenen Jahren zwischen den beiden deutschen Staaten vieles verändert, verbessert. Die Mauer ist auf legale Weise durchlässiger geworden als früher. Jeder der diese Tatsachen als belanglos abtut, riskiert leichtfertig eine Rückkehr zu früheren Zeiten. Die Deutschlandpolitik der letzten Jahre muß fortgesetzt werden - gerade wegen der Mauer! (-/12.8.1976/mie/e)

+ + +

Alle müssen mit dem Erbe Stalins leben

Aber: Schrecken der Vergangenheit für die Zukunft ausschließen

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
des Bundestages und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Es ist kein gutes Erbe, das Stalin seiner Nachkommenschaft hinterlassen hat. In Anerkennung der Formel Lenins "Wer Berlin hat, hat Deutschland", ging Stalin von der Annahme aus, daß es den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Partnern auf längere Sicht nicht viel Freude bereiten würde, in Berlin - geographisch abhängig von der Sowjetunion wegen des damals verdammten Deutschland - dauernd gut Wetter zu halten, um auf dem Weg nach Berlin keine Schwierigkeiten zu erleben.

Nach der unverständlichen Verhaltensweise der Amerikaner und Engländer, den Vormarsch an der Elbe nach Berlin abzustoppen, um höflichst der Roten Armee das Erstgeburtsrecht in Berlin zu überlassen, konnte Stalin vielleicht mit einem gewissen Recht hoffen, daß das Interesse der Amerikaner und Engländer an Berlin nicht so groß sein werde, um mit der Sowjetunion im dauernden Konflikt um Berlin zu leben. Zunächst war wohl daran gedacht, über die Potsdamer Beschlüsse Einfluß auf ganz Deutschland zu nehmen. Aber diese Beschlüsse nahmen zu wenig auf die Tatsache Rücksicht, daß schließlich der Lebenswille eines Volkes nicht ganz übergangen werden kann. So blieben wesentliche Teile der Potsdamer Beschlüsse ohne jede Einwirkung auf die Wirklichkeit.

Die Versuche unter Stalins Herrschaft, ganz Berlin in Griff zu bekommen, begannen schon vor Einzug der westlichen Truppen durch die Steuerung der ersten politischen Schritte mit dem Einsatz der mitgebrachten Emigrantengruppe Piek, Ulbricht und Genossen. Der zweite Schritt war die Zwangsvereinigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Urabstimmung der Sozialdemokraten wurde in Ost-Berlin verboten. Nach der Wahl am 20. Oktober 1946 begann die politische Spaltung der Stadt, um den

eigenen Besatzungsraum wenigstens fest im Griff zu halten. Der nächste Schritt war die Blockade, letztlich eine Kriegserklärung an die Westmächte.

Nur die Festhaltung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten und die Bereitschaft der Berliner Bevölkerung erreichten das Scheitern dieses neuen Angriffs in Berlin. Nach vor Stalins Tod gab es dann 1952 eine sowjetische Note, in der die Sowjetunion die Wiedervereinigung unter der Bedingung der Neutralisierung Deutschlands zur Debatte stellte. Die westliche Seite einschließlich der Regierung Adenauer hielt es nicht für opportun, überhaupt ins Gespräch zu kommen. Nach Stalins Tod gab es dann das Malenkow-Angebot. Auch in dieser Krisenlage der Sowjetunion unternahm der Westen keinen Versuch, die Möglichkeiten abzutasten. Die Quintessenz des Scheiterns all dieser Versuche war dann als entscheidender nächster Schritt das sog. Chruschtschow-Ultimatum mit der Forderung, Berlin in eine freie Stadt umzuwandeln, die Beziehungen zur Bundesrepublik aufzulösen und der Auszug der westlichen Schutzmächte. Diese Krise bestimmte dann Klima und politische Spannung bis zum Bau der Mauer.

Vor einigen Tagen erfuhren wir aus berufenem Munde, wie dicht wir damals am Rande des Krieges gewesen waren. Wir erfuhren auch, daß insofern der damalige Präsident Kennedy, und ich behaupte: auch Adenauer, den Bau der Mauer als das Ende einer akuten Kriegsgefahr betrachteten. Sonst hätte ja wohl Adenauer sich auch gegenüber Berlin vor 15 Jahren anders verhalten müssen. Er war nicht erschrocken, er kam nicht nach Berlin. Er beschimpfte am gleichen Tage auf widerlichste Art den damaligen Regierenden Bürgermeister Willy Brandt und empfing drei Tage später den sowjetischen Botschafter, um in einem Kommuniqué festzustellen, daß es keine besonderen Schwierigkeiten zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik gebe. Ich schildere das, um noch einmal in Erinnerung zu rufen, daß zu dieser Zeit die Gruppe Ulbricht, d. h. die Führung der DDR, von der Sowjetunion eine ziemlich feste Zusage gehabt haben muß, daß sie in Bälde davon ausgehen könnte, daß ganz Berlin die Hauptstadt der DDR werden wird, so wie es auch in der ersten Verfassung der DDR formuliert worden war.

Nach dem Bau der Mauer war Berlin zunächst schwer angeschlagen, denn ein bedeutender Lebensnerv, Brücke zwischen dem geteilten Land und der ge-

teilten Reichshauptstadt zu sein, war zerstört. Das Bemühen des Berliner Senats unter der Führung Willy Brandts, wenigstens den alten Menschen einen Spalt zu öffnen, um die familiären Bindungen aufrechtzuerhalten, brachte nur ein Rinneel auf ausgetrockneter Erde. Aber auch dieser Schritt stieß auf starken Widerstand der damaligen CDU-Regierung in Bonn. Erst die sozial-liberale Koalition unter der Führung von Willy Brandt öffnete die Tore zu dem Ergebnis, daß im letzten Jahr 3,5 Millionen westliche Bürger in der DDR und 1,4 Millionen Bürger aus der DDR in der Bundesrepublik waren. Wahrlich, dies geht weit über das normale Maß an verwandtschaftlicher Begegnung hinaus. Blickt man nun von der akuten Kriegsgefahr 1959 - 1961 auf die Entwicklung der letzten acht Jahre, so ist wohl der Schluß erlaubt, daß die Politik der sozial-liberalen Koalition unerwartete Veränderungen zugunsten der Menschen in beiden Teilen Deutschlands und zum Vorteil westlicher Friedenspolitik erreicht hat.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukommen: Es war keine kluge Politik des Diktators Stalin, ein großes Volk zu spalten und eine ehemalige Hauptstadt in diesen Zustand zu versetzen. Es wird immer schwerer für die heutige Führung in Moskau, notwendigerweise das Stalinsche Erbe zu erhalten und zu verwalten und gleichzeitig den Übergang von der doktrinär blutleeren Verwaltungswirtschaft in einen mit westlichem Mobilismus konkurrierenden Wirtschaftsaustauschprozeß hineinzusteuern. Es ist sicher schwer für die SED-Führung, die Hoffnung auf ganz Berlin auf den Katalog "ferner Liefen" abzusetzen, nachdem sie sich 1959 bereits vor der Verwirklichung sah. Aber die West-Berliner haben ein Recht, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es für richtig halten, soweit ihr Verhalten sich in dem gegebenen Rahmen hält. Dieser Rahmen ist erstmals durch die Regierung Brandt/Scheel geschaffen worden. In der Berlin-Vereinbarung der vier Siegermächte anerkennt die sowjetische Regierung erstmals das Recht auf ihre Position in Berlin. Berlin hat erst durch diese Vereinbarung einen von allen Siegermächten anerkannten Status erhalten. Berlin-West hat offene Grenzen. Es liegt nicht in unserer Macht, die Mauer zu beseitigen, aber einen Machtzustand zu respektieren ist nicht identisch mit akzeptieren. Wir müssen mit dem Erbe Stalins leben, aber die anderen müssen dies auch.

Die Aufgabe, die Helsinki gestellt hat, ist, unter den zur Zeit nicht veränderungsfähigen politisch geographischen Bedingungen einen Friedenszustand in Europa zu entwickeln, der diese Schrecken der Vergangenheit für die Zukunft ausschließt. (-/12.8.1976/ve/e)

+ + +

Enge Grenzen für private Hochschulen

Der Hartmannbund-Plan und die rauhe Wirklichkeit

Der Hartmann-Bund plant, eine "Freie Medizinische Hochschule" zu gründen und zu unterhalten. Darf er das? Im Prinzip darf jeder. Aber nicht jeder kann. Denn - das ist die schwerste Hürde - die Realisierung des Planes ist sehr teuer. Die Freie Medizinische Hochschule wird, wenn sie voll ausgebaut ist, rund 50 Millionen DM Investitionskosten verschlingen haben und jährlich weitere sieben Millionen DM laufende Kosten verschlingen.

Außerdem gibt es eine ganze Reihe anderer Regelungen und Gesetze, die eingehalten werden müssen. Allen voran das seit Anfang dieses Jahres geltende Hochschulrahmengesetz, mit dem bundesweit und bundeseinheitlich Rahmenbedingungen für alle Hochschulen festgelegt worden sind. In seinem § 70 werden die Bedingungen genannt, unter denen "Einrichtungen des Bildungswesens, die nach Landesrecht nicht staatliche Hochschulen sind, ... nach näherer Bestimmung des Landesrechts die Eigenschaft einer staatlich anerkannten Hochschule erhalten" können. Danach muß gewährleistet sein, daß

- das Studium den Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorbereitet und ihm die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden vermittelt, daß er zu wissenschaftlicher oder künstlerischer Arbeit und zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt wird;

- in der Regel mehr als nur ein einziger Studiengang angeboten wird oder durch Verbund mit anderen Einrichtungen eine zu enge fachliche Ausrichtung vermieden wird;

- die Studienbewerber die Voraussetzungen für die Aufnahme in eine entsprechende staatliche Hochschule erfüllen;

- die hauptberufliche Lehrenden die Einstellungs Voraussetzungen erfüllen, die an staatlichen Hochschulen für sie gelten würden; und

- die Angehörigen der privaten Hochschule dieselben Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte haben, wie sie das Hochschulrahmengesetz an den staatlichen Hochschulen vorschreibt.

Der entscheidende Punkt, der über Sinn oder Unsinn einer privaten Hochschule entscheidet, ist die erforderliche und vom Staat, d. h. vom jeweiligen Land, auszusprechende Zuerkennung des Rechts, Hochschulprüfungen abnehmen und Hochschulgrade verleihen zu dürfen. Ohne diese Abschlußregelungen wäre einerseits das Studium an einer solchen Einrichtung möglicherweise rausgeworfenes Geld und vergeudete Zeit, andererseits kann nur auf diese

Weise für ein angemessenes Ausbildungsniveau gesorgt werden. Konsequenterweise wird von den privaten Hochschulen verlangt, daß sie sich mit ihrem Lehrangebot an die Prüfungsordnungen und Rahmenstudienpläne halten, die auch für die staatlichen Hochschulen gelten. Auch dies dient beidem: dem Schutz der Studenten und der Sicherung des wissenschaftlichen Niveaus.

Weitere wichtige Punkte sind:

- Uneingeschränkt gelten die Landeshochschulgesetze des jeweiligen Sitzlandes einer privaten Hochschule; die sind allerdings unterschiedlich; so sieht z. B. das bayerische Hochschulrecht für private Hochschulen kein Promotionsrecht vor, weswegen die "Freie Medizinische Hochschule" des Hartmann-Bundes nicht nach Bayern gehen kann.

- Die Einheit von Forschung und Lehre muß gegeben sein: Zweifel daran, daß dies bei der "Freien Medizinischen Hochschule" mit ihrer Überbetonung der Praxis so ist, haben Nordrhein-Westfalen in diesem Fall abwinken lassen.

- Das im Grundgesetz verbürgte Grundrecht der Wissenschafts-, Forschungs- und Lehrfreiheit muß natürlich auch an privaten Hochschulen garantiert sein.

- Kontinuität muß gewährleistet sein, d. h. Studenten, die anfangen zu studieren, müssen hinreichend sicher sein können, daß sie ihr Studium auch zu einem Abschluß bringen können, ehe womöglich die private Hochschule pleite ist.

- Schulgelder, Semester- und Studiengebühren dürfen nicht erhoben werden.

- Der Staatsvertrag der Länder über die Zentrale Vergabe von Studienplätzen gilt auch für entsprechende Studiengänge an privaten Hochschulen, d.h. daß Numerus clausus und Zulassungsbeschränkungen nicht unterlaufen werden können; die "Freie Medizinische Hochschule" kann keine Elite-Schule für Kinder vermögender Ärzte werden, deren Abitur-Durchschnitt nicht ausreicht, um an einer staatlichen Hochschule zugelassen zu werden.

Mit anderen Worten: Der Rahmen für private Initiative ist ziemlich eng gezogen. Die Kosten sind immens. Und genau daraus erwächst die Skepsis gegen die "Freie Medizinische Hochschule". Wenn nach kurzer Zeit der Staat denn doch finanziell in die Bresche springen muß - und er hat bisher eindeutig abgelehnt, das zu tun -, wäre es billiger gewesen, die von der "Freien Medizinischen Hochschule" envisierten 300 Studienplätze durch Ausbau der vorhandenen staatlichen Einrichtungen zu schaffen.

W. R. Marchand
(-/12. 8. 1976/mie/e)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Gegen alle Widerwärtigkeiten: Nicht verzagt sein !

Die "Katholische Nachrichten-Agentur" Bonn verbreitete am 10. August folgenden Beitrag ihres Autors Alfons Bungert:

"Während der Wirtschaftsflaute 1974/75 erlitten sich manche Industriebetriebe als nicht mehr existenzfähig. Es drohte der Konkurs. Arbeitsplätze waren gefährdet und damit das Leben vieler Familien. Der Betriebsrat und die Belegschaft sahen sich in höchster Not nach allen Seiten um Hilfe um. Politiker nahmen sich des Problems an. In einem Fall tat der Bischof von Speyer sein Möglichstes, um Unheil für die Betroffenen abzuwenden.

Wer den Verlust des Arbeitsplatzes vor Augen hat, fühlt sich in seiner Existenz gefährdet, wird verzagt. Hilfe kann nur von anderen kommen, von Leuten, die Geld haben und damit den Betrieb retten. Die Arbeiter in den zahlungsunfähigen Betrieben hofften auf dies eine: daß einer kommen und sie retten und dadurch ihre Existenz sichern möge.

Ungesicherte Existenz ist die quälende Sorge vieler Menschen, vieler Familien, ja ganzer Völker seit Urzeiten. Sie versuchen sich durch Verträge und Vorsorge gegen Unheil in jeder Weise zu versichern, was aber nur in bescheidenem Umfang gelingen will. Deshalb weicht die Angst nicht vom Menschen, im Kern fühlt er sich immer bedroht, sieht sich existenziell in Frage gestellt.

Gibt es Hilfe gegen letzte, wesentliche Bedrohung, gegen das Böse etwa, gegen geistige Verwirrung, gegen den Tod? Einen endgültigen Retter verheißt der Prophet Jesaja den gläubigen Menschen Israels. Das Volk ist von Feinden umgeben. Die Feinde wollen es nicht nur als Volk vernichten, sondern - weitaus schlimmer - ihm den Glauben an den einen Gott, durch den es ja gerade dieses Volk ist, nehmen.

Da ergeht Gottes Wort an die Verzagten: 'Seid stark, fürchtet Euch nicht! Seht da, Euer Gott!' Gott selbst greift ein als endgültiger Retter, der einen dauerhaften Zustand des Heils schafft und zu einem erfüllten Leben und vollkommenen Menschsein verhilft. Böses zahlt er nicht mit gleicher Münze zurück, sondern wendet es zum Guten, wie er auch das Verkehrte richtigstellt. In herrlichen Bildern ist dies beschrieben: Blinde sehen, Lahme gehen; der Lahme springt wie ein Hirsch, der Stumme jubelt.

Gewiß, erst wenn unsere irdische Zeit zu Ende gegangen ist, kommt Gottes Rettungswerk ans Ziel. Aber begonnen hat es und kommt in der Welt voran. Deshalb heißt es für uns trotz aller Widerwärtigkeiten: Nicht verzagt sein!"

(-/ 12.8.1976/vs/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt : Dr. Erhardt Eckert